

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Wochenspreis: Monatl. durch Post 1.80 M., durch Agent. 1.40 M., die Einzelnummer kostet 10 Pf. Bei Nichterhalten der Zeitung infolge höh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Nachlieferung. Die einseitige Beile über deren Raum 18 Pf., die Reklamezeile 45 Pf.

Nummer 171

Altensteig, Montag den 25. Juli 1932

55. Jahrgang

Die Staatsrechtsklage in Leipzig Entscheidung erst am Montag — Neue Formulierung des preussischen Antrages

Leipzig, 23. Juli. Vor dem Staatsgerichtshof begann am Samstag vormittag um 11 Uhr die Verhandlung über die von denormalen preussischen Staatsministern gegen die deutsche Reichsregierung beantragte einstweilige Verfügung, durch die dem von der Reichsregierung eingesetzten Reichskommissar auferlegt werden soll, sich jeder Dienstausübung zu enthalten. Durch diese einstweilige Verfügung soll die öffentliche Verwaltung in Preußen eine vorläufige Regelung finden, bis über die Klage der ehemaligen preussischen Regierung auf Feststellung der Verfassungsmäßigkeit der Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen vom Staatsgerichtshof entschieden ist.

Leipzig, 24. Juli. Der Staatsgerichtshof unter Führung des Vorsitzenden, des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Bumke, erklärte, es handle sich ausschließlich um den Erlaß einer einstweiligen Verfügung. Berichterstatter, Reichsgerichtsrat Schmin, machte zunächst Mitteilung von dem Inhalt der Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli und von dem Antrag der preussischen Regierung auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung. Ueber den Hauptantrag, daß nämlich die Einsetzung des Reichskommissars als mit den Bestimmungen der Reichsverfassung nicht in Einklang stehend zu bezeichnen sei, könne selbstverständlich nicht verhandelt werden. Trotzdem aber müsse der Hauptantrag in seinen wesentlichen Grundrissen vorzutragen werden. Der Streit zwischen Preußen und dem Reich drehe sich darum, ob die Einsetzung eines Reichskommissars mit dem Artikel 48 der Reichsverfassung in Einklang stehe.

Zu dem Klageantrag werden dann der Begriff der laufenden Geschäfte dargelegt. Dieser Teil der Sachdarstellung kommt zu dem Schluß, daß auch ein zurücktretendes Staatsministerium alles das zu tun habe, was das Wohl des Staates erfordere. Dazu gehört nach Ansicht des klagenden Staatsministeriums auch die Abwendung alles dessen, was eine verfassungsmäßige Regierung des Landes ausschalten geeignet sei. Zur Sache selbst sei zu sagen, daß der Reichskommissar nach Ansicht der klagenden preussischen Regierung zu Unrecht auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung eingesetzt wurde. Weder der erste noch der zweite Absatz dieser Bestimmung der Verfassung träfen hier zu.

Ministerialdirektor Dr. Brecht überreichte eine Neuformulierung des Antrages auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung, in die nunmehr auch die von den Regierungen Badens und Bawerns zum Ausdruck gebrachten Wünsche hineingearbeitet sind. Danach soll der Staatsgerichtshof die durch Verordnung vom 20. Juli und durch ihre Durchführung entstandene rechtliche und tatsächliche Lage im Wege der einstweiligen Verfügung regeln und dabei insbesondere bestimmen, daß der Reichskommissar bzw. die von ihm ernannten kommissarischen Minister sich nicht als Mitglieder der preussischen Staatsregierung bzw. als preussische Staatsminister bezeichnen dürfen.

Die Beratung des Klageantrages macht dann, so sagte der Berichterstatter weiter, die Einwände gegen das Vorgehen der Reichsregierung im einzelnen geltend. Gegen die Gefährdung von Sicherheit und Ordnung sei von Preußen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln eingeschritten worden mit dem Erfolge, daß die Gefährdung als vermindert zu erachten sei. Die Einsetzung des Reichskommissars könne nicht als nötig angesehen werden. Die Regierungsakte des Reichskommissars hätten keinen Anspruch auf rechtliche Beachtung, daß sich aber aus widersprechenden Anordnungen von Reichskommissar und bisheriger Staatsregierung gefährliche Verwicklungen ergeben könnten. Reichsgerichtspräsident Bumke verlas dann die Telegramme Bawerns und Badens und bemerkte, daß die in dem badischen Telegramm enthaltene Stelle: „der Staatsgerichtshof möge feststellen, daß das Reich nicht berechtigt sei, eine Länderregierung endgültig ihres Amtes zu entkleiden, weder dauernd noch vorübergehend“, nicht ganz verständlich sei. Zu der Angelegenheit der Telegramme der genannten Länderregierungen erklärte der Reichsgerichtspräsident, diesen Regierungen sei andeingelegt, gemäß der Geschäftsordnung des Staatsgerichtshofes entsprechende Anträge einzureichen.

Der Reichsgerichtspräsident fuhr dann fort: Nun besteht für die Deffektivität und auch für die beiden Streitparteien ein ganz besonderes großes Interesse daran, daß die Entscheidung so bald wie irgend möglich getroffen werden kann. Die Geschäftsordnungsbestimmungen des Staatsgerichtshofes können aber nicht nach jeder Richtung übergangen werden, wenn man auch vielleicht auf verschiedene Schriften der Galadenen verzichten kann. Es ist bei einer großen Sache unbedingt notwendig, daß jedes einzelne Mitglied des Staatsgerichtshofes über die Sachlage ganz genau unterrichtet ist.

Als Dr. Bumke dann die Frage der Zuständigkeit des Gerichtshofes aufwirft, wollte von den Parteien niemand das Wort ergreifen. Er fuhr dann fort, es sei kritisch, ob der Staatsgerichtshof einstweilige Verfügungen erlassen könne. Der Staatsgerichtshof selbst ließe aber auf dem Standpunkt, daß er dazu befugt sei. Nur habe die preussische Regierung aber selbst bisher auf dem Standpunkt gestanden, der Staatsgerichts-

Das Ergebnis der Länderkonferenz in Stuttgart

Stuttgart, 24. Juli. In der Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder, die am Samstag unter dem Vorsitz des Reichskanzlers in Stuttgart tagte, wurden die wichtigsten Fragen der auswärtigen und inneren Politik in vertraulicher eingehender Aussprache, an der sich alle Minister und Ländervertreter beteiligten, erörtert. Die Konferenz nahm mit Befriedigung von der Feststellung Kenntnis, daß die Reichsregierung durchaus auf föderalistischem Boden stehe und die Rechte der Länder in keiner Weise antasten wolle. Der Reichskanzler betonte, daß die notwendig gewordene Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen nur eine vorübergehende Maßnahme darstelle. Eine Ausdehnung dieser Maßnahme auf die anderen Länder komme nicht in Frage, weil nach Ansicht der Reichsregierung in den anderen Ländern Ruhe und Ordnung sichergestellt sind. Er erklärte namens der Reichsregierung ausdrücklich, daß die Reichstagswahlenprogramm am 31. Juli stattfinden werden. Die Reichsregierung hoffe, den Ausnahmezustand in Berlin und Brandenburg in den nächsten Tagen aufheben zu können. Soweit von den Ländern Bedenken gegen die Maßnahmen der Reichsregierung vorgebracht wurden, anerkannte der Reichskanzler dankbar deren sachliche Berechtigung. Reichsregierung wie alle Länderregierungen waren sich darin einig, daß die Autorität der Reichsregierung und der Länderregierungen ungehindert ausgereicht erhalten werden müsse. Zu diesem Ziel ist ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten zwischen Reich und Ländern beiderseits anerkannte Notwendigkeit.

Nach der Länderkonferenz. Ruhigere Auffassung in den Ländern Fortsetzung der Beratung des Arbeitsbeschaffungsprogramms

Berlin, 24. Juli. Wie wir erfahren, werden der Kanzler und die beiden Minister, die ihn nach Stuttgart be-

hof könne einstweilige Verfügungen nicht erlassen. Es liege nun an der klagenden preussischen Regierung, zu erklären, auf Grund welcher Umstände sie ihren Standpunkt geändert habe.

Professor Peters nahm dann das Wort zu prozeduralen Ausführungen über einstweilige Verfügungen, die durch den Staatsgerichtshof erlassen werden können.

Ministerialdirektor Dr. Gottheimer erklärte dann, daß die Reichsregierung zwar auf prinzipiell abweichendem Standpunkt stehe, daß sie aber ohne Präjudiz sich mit der Zurückstellung der Entscheidung über die Frage der Aktinlegitimation der Fraktionen (es handelt sich um die Klagen der preussischen sozialdemokratischen Fraktion und der Zentrumsfraktion), sowie über die Frage der Zulässigkeit einstweiliger Verfügungen durch den Staatsgerichtshof einverstanden erkläre.

Der preussische Standpunkt

Ministerialdirektor Dr. Brecht legte dann den Standpunkt der ehemaligen preussischen Staatsregierung mündlich im einzelnen dar. Es sei bei dem Vorgehen in Preußen zu unterscheiden zwischen der Verbürgung des militärischen Ausnahmezustandes, der nur scheinbar der Sicherung von Ruhe und Ordnung habe dienen sollen, in Wirklichkeit aber die Durchführung der zweiten Maßnahme, nämlich der Einsetzung des Reichskommissars mit besonderen Vollmachten habe herstellen sollen. Zu den Vollmachten des militärischen Bevollmächtigten gehörten keineswegs die Abhebung und Ernennung von Staatsministern.

Der Standpunkt der Reichsregierung

Nach der Mittagspause brachte Ministerialdirektor Gottheimer den Standpunkt der Reichsregierung gegenüber dem Antrag der abgesetzten preussischen Regierung dahin zum Ausdruck: Wenn die Einsetzung des Reichskommissars sich im Rahmen der verfassungsmäßigen Befugnisse des Reichspräsidenten bewegt — und das scheint die preussische Regierung eigentlich anzuerkennen —, so würde die einstweilige Verfügung, daß dieser Reichskommissar sich jeder Amtshandlung enthalte, einen Eingriff in die verfassungsmäßigen Rechte des Reichspräsidenten bedeuten. Außerdem stöbe der Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung in unzulässigem Zusammenhang mit der Hauptsache und eine einstweilige Verfügung darf nach der ständigen Rechtsprechung des Staatsgerichtshofes nicht erlassen werden. Schließlich sei hinsichtlich der zweiten Fassung des Antrages, die während der Verhandlungen vorgelegt wurde, festzustellen, daß der Vertreter des Reiches vor allem Zeit zur Durchberatung dieses zweiten Antrages verlangen muß.

gleitet hatten, im Laufe des morgigen Tages ihre Kollegen im Zusammenhang mit anderen Besprechungen über die Länderkonferenz unterrichten. Entgegen der von anderer Seite geäußerten Ankündigung hat heute noch keine Kabinettsitzung stattgefunden.

Der Eindruck, der in Berliner politischen Kreisen nach der Rückkehr aus Stuttgart besteht, ist der eines unverkennbaren größeren Fortschritts zu weiterer Beruhigung und Entspannung der innerpolitischen Situation. Die Ländervertreter haben ihre Bedenken offenbar nicht so sehr gegen die Tatsache eines Reichskommissars an sich gerichtet, sondern vor allem gegen die Abhebung aller preussischen Minister. Der Kanzler und der Reichsinnenminister dürften den Ländervertretern aber überzeugend dargelegt haben, daß nach der Art, wie die Mitglieder der früheren preussischen Regierung auf die ersten Maßnahmen des Reiches reagierten, ein anderer Weg gar nicht möglich war. Auch die übrigen Auffassungen, die die Vertreter der Reichsregierung denen der Länder gegeben haben, dürften zweifellos die Wirkung haben, daß die durch die preussischen Ereignisse ausgelöste Spannung zwischen Reich und Ländern schon am Ende derselben Woche, in der sich diese Vorgänge abspielten, einer ruhigen und verständnisvollen Beurteilung der Situation von allen Seiten gewichen ist.

Am Montagnachmittag wird der Kanzler nun auch dem Ueberwachungsausschuß des Reichstags Antwort geben. Es ist anzunehmen, daß die formulierten Fragen, die der Staatssekretär der Reichskanzlei in seinem Auftrag erbeten hat, inzwischen eingetroffen sind, so daß auch die Sitzung in diesem Ausmaß verhältnismäßig schnell abgewickelt werden kann. Wesentliche praktische Ergebnisse oder Entscheidungen sind natürlich von ihr nicht zu erwarten.

Am Dienstag wird das Reichskabinett seine Beratungen über die wirtschaftlichen Fragen, namentlich über das Problem der Arbeitsbeschaffung wieder aufnehmen. Es ist ja bereits bekannt geworden, daß sich die Fertigstellung des Programms durch die preussischen Dinge so verzögert hat, daß seine Veröffentlichung vor den Wahlen kaum noch möglich sein dürfte. Das Reichskabinett will aber auch in dieser letzten Woche vor dem Wahltermin alle verfügbare Zeit ausnützen, um sobald wie möglich auch auf diesem Gebiet zu praktischen Ergebnissen zu gelangen.

Ein Gutachten von Anshög

Im weiteren Verlauf der Verhandlung vor dem Staatsgerichtshof verlas Ministerialdirektor Dr. Badt ein Gutachten, das der Heidelberger Professor Anshög, der bekannte Kommentator der Reichsverfassung, für die klagende preussische Regierung ausgearbeitet hat. Danach ist Anshög mit ähnlichen Ausführungen der Klage, besonders auch ihren rechtlichen Darlegungen, einverstanden. Nach seiner Auffassung steht der Einsetzung des Reichskommissars nichts im Wege. Aber immer doch nur, wenn die im Art. 48 angeordneten Voraussetzungen vorliegen. Es sei also 1. kein Grund zu der Annahme der Reichsregulation vorhanden, 2. auch nicht zu den durch die Diktatorverordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli angeordneten Eingriffen in das Selbstbestimmungsrecht des preussischen Staates. Der Reichskommissar habe äußersten Falles das Recht, den Mitgliedern der Regierung die Ausübung ihrer Amtsbefugnisse zu untersagen, nicht aber habe er das Recht, Minister und andere Beamte rechtswirksam abzusetzen und ihre Amtsnachfolger zu ernennen. Professor Stieje betonte namens der Antragsteller, daß ein Vorgehen des Reiches grundsätzlich zwar zulässig gewesen sein könne, daß das Reich es jedoch verstoßen habe, die Verfassungsverletzungen, nämlich die vorherigen anderweitigen Royalakten einer Einwirkung auf Preußen, zu beachten.

Am Montag Verkündung des Urteils

Reichsgerichtspräsident Bumke erklärte, daß das Volk eine möglichst rasche Klärung der zur Verhandlung stehenden Streitfragen verlangen könne. Er bat um eine genaue Auslegung der Bedeutung eines neuen Antrages der preussischen Vertreter und zwar zu Biffer 3 zu erhalten. Insbesondere wolle er wissen, ob die Möglichkeit bestehe, bei einer Art Gewaltenteilung zu einer Einigung zu kommen.

Darauf erwiderte Gottheimer, an sich sei die Selbstständigkeit Preußens im Rahmen des Reichsverbandes nicht angetastet worden. Das habe auch der Reichskanzler erklärt. Aber der Reichskanzler habe die Befugnisse des preussischen Ministerpräsidenten zugesprochen erhalten. Es sei ganz unmöglich, praktisch eine Gewaltenteilung vorzunehmen. Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke hat Termin zur Verkündung der Entscheidung des Staatsgerichtshofes für das Deutsche Reich in Sachen der früheren preussischen Regierung gegen das Reich wegen Einsetzung eines Reichskommissars mit dem Ziel des Erlasses einer einstweiligen Verfügung auf Montag, den 25. Juli, 13 Uhr, festgesetzt.

Vertagung in Genf

Nur Deutschland und Rußland stimmten mit Nein

Genf, 24. Juli. Die sogenannte erste Phase der Abrüstungskonferenz ist am Samstag mittag abgeschlossen worden. Die Konferenz hat sich verlegt und wird frühestens Ende Januar 1933 wieder zusammentreten, während das Präsidium sich am 21. September wieder in Genf zusammenschließen will, um die etwaigen Vorbereitungsarbeiten zu prüfen.

Die Konferenz ist auseinandergegangen, ohne die geringste Bestimmung vollbracht zu haben. Sie hinterläßt in der Welt und vor allem bei den zwangsweise entwaffneten Völkern ein Gefühl des Eises und der Erbitterung. Niemand hofft mehr, daß aus diesem Kreis für das notwendige Werk der allgemeinen Abrüstung der leiseste Anstoß erfolgen kann. Sechs Monate des Chaos, der Heuchelei und des bösen Willens liegen hinter uns. Nichts bleibt übrig als eine leere Entschlossenheit, in der die militärischen Machthaber der Welt ihren Absichten vor der Abrüstung und der Rüstungslosigkeit hinter teils löwischen, teils lächerlichen Redensarten zu verbergen suchen.

Die Schlußfassung des allgemeinen Ausschusses verlief programmatisch. Nachdem noch einige Delegierte verhältnismäßig kurze Reden gesprochen hatten, darunter ein polnischer General, der sich zugunsten der Entschlossenheit äußerte, der sowjetrussische Vertreter Litwinow, der noch einmal die Ablehnung der Entschlossenheit durch Rußland bekräftigte, der türkische Vertreter, der seine Stimmhaltung erklärte, hat der sozialistische Präsident Henderson von neuem ein ziemlich peinliches Schauspiel. In einer Rede, mit der er die Abstimmung über die Vertragsentwässerung einleitete, feierte er den vorliegenden Text in überschwenglichen Worten und unterstellte, indem er den Blick auf die deutsche Abordnung richtete, jenen Staaten, die gegen die Entschlossenheit stimmten, die Absicht, sich auch gegen das Ideal der Abrüstung, gegen den Gedanken einer ersten entscheidenden Abrüstungsphase und gegen den Hoopervplan auszusprechen, weil die Präambel, wie man weiß, auf diese Grundzüge anspielt.

Herr Rodolus wies diese höchst unangebrachten Redensarten, mit denen man ihn noch einmal unter Druck setzen wollte, bei der Abstimmung zurück, indem er erklärte, daß er durchaus nicht gegen die Abrüstung, eine entscheidende erste Phase und gegen Hooper stimme, sondern Deutschland unter allen Ländern als erstes für diese Grundzüge einzutreten sei. Er himme aus den gestrigen darzulegenden Gründen einfach gegen die Entschlossenheit.

Die Abstimmung vollzog sich unter beträchtlicher Spannung der Aufmerksamkeit. Verschiedene Delegierte, die für den Text stimmten, machten zu gewissen Punkten ausdrückliche Vorbehalte. Litwinow, der dagegen stimmte, rief dabei aus: „Für die Abrüstung, gegen die Entschlossenheit.“ Der Chinese bekräftigte seine Stimmhaltung mit den Vorgängen in seinem Lande. Das Ergebnis war, daß von 51 anwesenden Abordnungen — etwa ein Dutzend fehlte — 41 für den abschließenden Entschlossenheitstext, zwei, nämlich Deutschland und Rußland, dagegen stimmten, während acht Staaten sich der Stimme enthielten. Diese acht Staaten waren: Ungarn, Österreich, Bulgarien, Italien, die Türkei, China, Afghanistan und Albanien. Das Abstimmungsresultat wurde ohne jede Befallsstundegebung entgegengenommen. Die Verlängerung des von der Völkerbundsversammlung beschlossenen Rüstungsferienjahres vom 1. November ab um vier Monate wurde mit 49 Stimmen, darunter der deutschen und der russischen, gegen eine Stimmhaltung angenommen.

Nun folgten die Dankreden, die von den Herren der Veranstaltung, dem Ministerpräsidenten Herriot, dem englischen Außenminister Simon und dem amerikanischen Delegierten Gibson an den Präsidenten der Konferenz, den Berichtsfatter Benesch und das Völkerbundssekretariat gerichtet wurden.

Ein erster deutscher Erfolg ist zu verzeichnen. Zum erstenmal ist in Genf das Wort Nein ausgesprochen worden, ein Nein, das bleiben wird, und das verpflichtend. Darüber hinaus haben wir zum erstenmal eine Bedingung gestellt: Wir können uns nur dann zu weiterer Mitarbeit verpflichten, wenn vorher unsere Gleichberechtigung anerkannt wird.

Vorschlag Borahs für eine Weltkonferenz

Washington, 24. Juli. Ueber eine Rundfunkansprache des Senators Borah wird berichtet: Borah verteidigte in seiner Rede das Lausanner Reparationsübereinkommen gegen die in Amerika laut gewordenen Kritiken und Zweifel. Er besahe, daß Lausanne den Weg zu einer besseren Zukunft eröffne und, falls Amerika die Bedeutung der erfolgten Regelung unterschätze und klar erfasse, der ganzen Welt aus der gegenwärtigen Periode des Mißtrauens und Glends herauszuziehen könne. Die Reparationen seien tot, und insofern sei der Versailler Vertrag schändlich. Bald würden sicher auch die Erwähnung der Kriegsschuld und andere Artikel fallen. Der Versailler Vertrag müsse den Geboten des Gemessens und der Gerechtigkeit Raum geben. Was Amerikas Forderungen an die Alliierten anbelange, so sei er nicht nur für ihre Herabsetzung, sondern sei nicht einmal gegen ihre völlige Streichung, sofern beide Teile einem Plan zustimmen, der eine wirklich reale Verringerung der gegenwärtigen unheilbaren und für die Zukunft der Zivilisation gefährlichen Weltlast bringe. Amerika werde sich nicht erholen, und weder die Farmer noch die Stadtbevölkerung würden wieder aufleben, wenn nicht die internationalen Fragen endlich bereinigt würden. Borah schließt hierfür eine Weltkonferenz vor, die sowohl Schulden wie Zolltarife und Währungsfragen behandeln solle. Sachverständigen jeder Art müßten dieser Konferenz aber fernbleiben, da diese Fragen bereits über das Stadium der Lösbarkeit durch politische Methoden von Sachverständigen hinaus seien.

Der Eindruck der Borah-Erklärung in Washington
Washington, 24. Juli. Der auffeherrregende Stellungswechsel Senator Borahs in die Kriegsschuldenfrage wird hier als eine der bedeutendsten politischen Ereignisse angesehen. Borahs Meinungsänderung dürfte die hartnäckigsten Revisiongegner entmutigen.

Der Eindruck in England
London, 24. Juli. Die dramatische Befehlung des Senators Borah, der gestern Freunde und Feinde durch den Vorschlag

einer sofortigen Weltkonferenz zur Erwägung der Revision oder Streichung der Schulden überraschte, wird als äußerst bedeutsam angesehen.

11. Deutsches Sängerbundesfest

Frankfurt a. M., 24. Juli. Im Rahmen des Sängerbundesfestes wurde am Samstag vormittag in der historischen Paulskirche eine vor allem von Auslandsdeutschen besuchte volksdeutsche Kundgebung veranstaltet, in der nach einem Oratorienvortrag Dr. Hermann Ullmann-Berlin über „Deutsches Schicksal — Volksdeutsche Zukunft“ sprach. Er schilderte die Gestaltung des Deutschen Reiches seit der Zeit der Kaiser-Kronungen in Frankfurt a. M. und den Kampf um die deutsche Einheit. Abgeordneter Dr. Otto Roth-Siebolden hielt einen Vortrag über das Thema „Volksdeutsches Bekenntnis“.

Zum ersten der drei Hauptkonzerte in der Festhalle, das sich vor 15 000 Hörern abspielte, traten die Bände des Auslands, von Baden, Hannover, Kassel, Ostpreußen und der Pfalz zusammen. Als Einführung ertönte Mozarts Chor „Die Seele des Weltalls“ mit Orchesterbegleitung in Berles Bearbeitung. Geleitet Dr. Hammerstein hielt die Begrüßungsansprache. Goethes Liebe zum Gesang führte zu der dankwürdigen innigen Freundschaft mit Karl Friedrich Zelter, der 1809 in Berlin die erste Liedertafel Deutschlands gründete. Die von Zelter gegründete Liedertafel wurde ehrenhalber in den Deutschen Sängerbund aufgenommen.

Den Solisten Sängerkorps leitete der bekannte Komponist von „Alt-Heidelberg, du meine“, Karl Weidt. Mit Othegravens „Lob der Berge“ sang diese schöne Morgenstunde fromm und feierlich aus.

Am Nachmittag trat eine weitere Gruppe von Bänden von Hessen, Nordmark, Pommern, Rheinland, Schlesien, Schwaben und Westfalen zum zweiten Hauptkonzert zusammen. Walter Reins „Türmerlied“ aus dem „Bau“ mit Blasorchester schuf sofort die erwünschte Hochstimmung. Dann folgte eine Ansprache des Bundesvorsitzenden Brauner als Bräute zu unbegleiteten Chören, darunter dem neuen, geliebtesten „Heimatlied“ von Otto Jochum. Recht zu Herzen gingen Vorträge des Schwäbischen Sängerbundes, der die Sinnigkeit seines Patrons Silber in dramatisch ausbeutete. Die kostbare Goethezeit „Über allen Wipfeln ist Ruh“, „Wanderers Nachtlied“, „Heidenröslein“ gelangte in schöner Getragenheit zu vorzüglichem Wiedergabe.

Neues vom Sage

Reichstagsabgeordneter Simpfendorfer beim Reichsanwalt
Stuttgart, 24. Juli. Der Reichsnotar des Christlich-sozialen Volksdienstes, Reichstagsabgeordneter Simpfendorfer-Kornial, hatte vormittags 10.30 Uhr kurz vor Beginn der Väterkonferenz im Staatsministerium eine Aussprache mit dem Reichsanwalt von Pape n und Reichsinnenminister Freiherr von G a l, in der er ihnen die Auffassung des Christlichen Volksdienstes über die Lage im Reich wie in Preußen darlegte. Beide Herren nahmen diese Darlegung mit großem Interesse entgegen und charakterisierten ihrerseits zu den einzelnen Fragen die Auffassung der Regierung. Die Aussprache war vertraulich.

Großfeuer an der österreichisch-bayerischen Grenze

Wessling, 24. Juli. Durch eine furchtbare Brandkatastrophe wurde der größte Teil des an der österreichischen Grenze gelegenen österreichischen Pfarrdorfes Kollerhofen vernichtet. In zwei Gebäuden brach gleichzeitig Feuer aus, das mit rasender Geschwindigkeit sich über das Dorf ausbreitete. Feuerwehrleute aus Österreich und Bayern eilten herbei, um sich an den Löscharbeiten zu beteiligen. Trotz der größten Anstrengungen gelang es den Wehren erst, das Feuer einzudämmen, nachdem 21 Menschen den Flammen zum Opfer gefallen waren. Zwei Personen werden vermisst, drei Personen wurden mit schweren Brandwunden und Rauchergiftungen ins Krankenhaus geschafft. Zahlreiches Vieh kam in den Flammen um. Da das Feuer in zwei Häusern ausbrach, die auf verschiedenen Seiten der Dorfstraße lagen, wird Brandstiftung vermutet.

Aus Stadt und Land

Altensteig, den 25. Juli 1932.

Amtliches. Uebertragen wurde eine Lehrstelle an der evang. Volkshochschule in Röt O A. Freudstadt dem Lehrer Max B e s s o n in Wäldingen a. Cz.

Eine Bauernkundgebung veranstaltet am morgigen Markttag im „Grünen Baum“-Saal die NSDAP, Ortsgruppe Altensteig. Redner ist der ehemalige Bauernanwalt Glaser, der nun den Nationalsozialisten angehört. — Auch der Bauernbund hat in den „Sternen“ eine Versammlung ausgeschrieben.

Eine Fahrt zum Führer Adolf Hitler veranstaltet die NSDAP am Freitag nach Reutlingen. Die Ortsgruppe Altensteig bietet Fahrgelegenheit und bittet um Anmeldungen. (Siehe Injertal.)

s. Liederkränz Altensteig. Zu einem Gartenfest lud der Liederkränz am gestern Abend seine Mitglieder mit Angehörigen in den „Grünen Baum“ ein und zahlreich folgten die Liederkränzler der Einladung. Mit dem ansprechenden Chor „Der Rosenröschen“ eröffnete der Liederkränz den wohlwollendsten Liederkränz und Perl in der Reihe deutscher Volkslieder folgten in gutem Vortrag. Zu bald, als kaum der Zauber einer Sommernacht bei Lampenschein einsetzte, vertrieb einerseits die kühle Temperatur die Besucher vom Garten, andererseits lockten die Töne der Musik verführerisch die jüngere und ältere Linie in den Saal, wo die wohlwollende Veranstaltung stimmungsvoll ihre Fortsetzung nahm und wo auch Vorstand Witzmann den Willkommenruf entbot und stimmbegabte Herren einlud, dem deutschen Liede aktiv im Verein zu huldigen. Möge der Ruf dem deutschen Liede weitere Anhänger zuführen.

Kinderheilskassen-Lotterie! Infolge ungenügenden Losabzuges mußte die Ziehung der Kinderheilskassen-Lotterie, die am 15. Juli erfolgen sollte, auf Ende Oktober d. J. verlegt werden. Das endgültige Ziehungsdatum wird noch bekannt gegeben. Der Losverkauf geht in den bekannten Verkaufsstellen somit weiter.

Aus der Zellmission. Außer den Nationalsozialisten hat wohl noch keine Bewegung noch Organisation vermocht, in

Altensteig betartige Massen zu einer Versammlung zusammenzufassen, wie die zur Zeit hier anwesend Zellmission. Weitbin sichtbar rufen jedem Vorübergehenden große Lettern die Worte zu „Jurid zu Gott“ und bekunden die Bestimmung des Jelles und das Motto der Borträge. Die Redner Evangelist Stolpmann und Beroluet, Gottesmänner im wahren Sinne des Wortes, hämmern mit eiserner Faust an die Herzen der Zuhörer und gewaltig, wie Keulenschläge fallen ihre Worte, Gott gebe es, auf fruchtbaren Boden. Deshalb ist das Tagesgespräch in unserem Städtchen das Jelt, und deshalb wird der Jeltrom von Tag zu Tag größer und gewaltiger. Auch am gestrigen Sonntag lehte wie allabendlich eine wahre Völkerveränderung zum Jelt ein. Eine über tausendköpfige Zuhörerschaft lauschte in atemloser Spannung den Ausführungen des Jeltengewaltigen Stolpmann, der über das Thema sprach: „Hat das Leben heute noch einen Sinn?“ Der Redner begann mit der Tragödie des Berliner Landgerichtsdirektors B., der sich betanntlich deshalb das Leben nahm, weil das Leben ohne Berufsfreude für ihn keinen Sinn hatte. Genau so sinnlos erscheint auch das Leben der vielen Arbeitslosen, die ihre aufgeschobene Kraft nirgends nutzbringend anwenden können. Besonders traurig ist die Jugend dran, die trotz glänzender Examen und guter beruflicher Ausbildung trostlos in die Zukunft schauen muß und dem Leben keinen Sinn abgewinnen kann. Tatfächlich, so führte der Redner aus, sei das Leben der Menschen sinnlos, wenn man nicht den lebendigen Gott in sein Lebensprogramm mit hineinnimmt. Ohne Gott ist das Leben sinnlos. Nur essen, trinken, schlafen und arbeiten sei des Menschen unwürdig, daselbe tut auch jedes Tier. Karren nennt die Bibel solche Menschen. Christus allein zeigt den Sinn des Lebens. Der Sinn unseres Lebens sollte sein, Gottes Herrlichkeit zu offenbaren. Das zeigte der große Apostel Paulus klar in seinem ganzen Leben. Zu solch einem Leben kann jeder kommen, der den Ruf: Jurid zu Gott, nicht überhört. — Am Abend sprach dann Evangelist Beroluet wieder vor vollbesetztem Jelt über das Thema: „Ein Gefändnis“. Er legte seinen Ausführungen einige Worte aus dem Gleichnis vom verlorenen Sohn zu Grunde. Schon in den vergangenen Tagen war das überaus wertvolle Gleichnis die Grundlage seiner Vorträge. Viele Menschen finden in dem verlorenen Sohn ihr eigenes Bild. Fern von Gott, in Verblendung und Unmahnung, befinden sich auch heute viele Menschen. Der Vater scheint zu streng und zu hart. Doch die bittere Erfahrung des verführerischen Lebens läßt die Sehnsucht nach dem Vaterhause wieder lebendig werden. Die Sünde laugt den Menschen aus und läßt ihn verkommen. Wohl ist, wenn dich deine Not zum Vaterhause Gottes treibt. Viele Menschen kommen deshalb nicht zu Gott, weil sie sich vor ihren Mitemenschen schämen. Viele fürchten auch ihre Familienangehörigen oder lieben ihre verderblichen Angewohnheiten, die sie nicht lassen wollen. Deshalb meiden sie Gott. Komm heim wie der verlorene Sohn und komme zum Bekenntnis deiner Schuld. Du kannst kommen, weil Christus an deiner Statt bestraft wurde. Die ersten Ausführungen wurden durch Chorgesänge wirkungsvoll unterstützt. Niemand verlässe noch diese Woche das Jelt aufzufahren. — r.

Agold, 22. Juli. (Gemeinderatsitzung vom 20. Juli.)
Voraus ging eine Sitzung der Ortsfürsorgebehörde, der auch die Herren Geistlichen Dekan Otto und Stadtpfarrer Wehel (Prediger Schmeißer war als verhindert entschuldigt) anwohnten. Einige Wohlfahrtsverwalter werden als Fürsorgearbeiter anerkannt, einige andere Fälle zurückgestellt. Es wird festgestellt, daß die Mißbedürftigkeit von jungen Leuten, die beim Arbeitsdienst hätten Unterkommen finden können und das nicht verlohnt haben, besonders streng geprüft wird. — Die Wohlfahrtsratskommission am 1. August zur Einführung. — In der folgenden Gemeinderatsitzung wurde zunächst mitgeteilt, daß das Arbeitsamt eine weitere Abschlagszahlung von 1531 M auf die Kostbararbeit Kläranlage und Dohlen angewiesen, ferner, daß die Ministerialabteilung für Besatz und Korrespondenzverwaltung die Teilmittelzahlung des Darlehens der Landesversicherungsanstalt von ursprünglich 50 000 M für Agold und Waldachkorrektur durch ein Darlehen der Pensionkasse für Körperschaftsbeamte in Höhe von 20 000 M genehmigt hat. — Die Abrechnung der Schülerwohlfahrtspflege der Frauenarbeitschule wird vorgelegt. Der Gemeinderat anerkennt die sparsame Verwaltung der Schülerwohlfahrtspflege durch die Frauenarbeitschule. — Von mehreren Seiten wurde angeregt, die Wagggebühren, insbesondere für die Viehwage, zeitgemäß zu ermäßigen. Da die Waggpachten auf 31. März nächsten Jahres ablaufen und diesen Winter neu vergeben werden, löst der Gemeinderat davon ab, vorher eine Verringerung der Gebühre, die auch eine Ermäßigung des Pachtgeldes zur Folge hätte, eintreten zu lassen. — Die Herren Geologen Stud.-Rat Dr. Müller am Lehrerseminar hier und Professor Dr. Georg Wagner, in Stuttgart, früher hier, haben auf Wunsch des Bürgermeistersamts zu den Mitteilungen des Rutenjägers v. Kreuz in Stuttgart über das Vorhandensein thermischer Mineralquellen in Agold sich gutwillig geäußert. Sie kommen übereinstimmend zu der Auffassung, daß bei dem geologischen Aufbau in der Gegend von Agold (oberer, mittlerer und unterer Buntsandstein zusammen 245 Meter, rotliegendes bis zu 100 Meter) Bohrungen im Granit erst bei einer Tiefe von etwa 300 Meter vielleicht Erfolg versprechen. Die Kosten für ein solch kostspieliges und unsicheres Unternehmen würden wohl auf etwa 20 000 Mark kommen. Auf Grund dieser Tatsache scheiden alle weiteren Erwägungen aus. — Verkauf eines Wohnhauses: Fr. Anna Reinfelder, led. Köchin von hier will das stadteigene Wohnhaus mit Westtannenbau 1 a 54 am untern Wehr, das die Stadt seinerzeit mit der Wasserkraft des Hermann Reinfelder, Krämerleibehers mit übernommen hat, um 8800 M. erwerben. Da das Gebäude für die Stadt entbehrlich ist, stimmt der Gemeinderat nach wiederholten Beratungen dem Verkauf zu. — Kündigung der Präparandenanstalt: Das milit. Kultministerium will die von der Stadt gemieteten Räume in der Präparandenanstalt auf 1. April 1933 zurückgeben, weil auch heuer wieder keine Aufnahmen ins Seminar stattfinden sollen. Der Evang. Oberschulrat hat die Kündigung auf diesen Termin mit Ausnahme der Oberschulratswohnung ausgesprochen. Der Gemeinderat ist über diese überraschende Maßnahme nicht wenig erstaunt, nachdem der Stadt und dem Bezirk noch vor zwei Jahren, als es sich um die Kündigung der Präparandenanstalt durch die Landwirtschaftsschule handelte, vom Kultministerium und dem Seminarretoriat damals in aller Form erklärt wurde, daß die Räume der Präparandenanstalt vom Seminar auf Dauer benötigt werden und daß nicht daran zu denken sei, daß die Räume in absehbarer Zeit wieder frei werden. Erst darauf hat sich die Amtskörperschaft zur Erwerbung eines Eigenheims für die Landwirtschaftsschule entschlossen. Gegen die jetzige gerade die Stadt besonders hart treffende Maßnahme sollen alsbald bei den zuständigen Stellen entsprechende Vorstellungen erhoben werden. — Sonstiges: Die Gaswerkbau-AG. Frankwerke Bremen will die Vorarbeiten betreffend Gasversorgung der Stadt Agold kostenlos und ohne irgend welche Verbindlichkeiten für die Gemeindeverwaltung durchführen. Obwohl dem Vertreter der Firma bedeutet wurde, daß jetzt und in nächster Zukunft schon wegen der Schwierigkeiten des Brennholzabzuges an die Einführung des Gases weder durch Eigenbau noch durch Fernversorgung zu denken sei, will die Firma trotzdem ganz auf ihre Rechnung und ohne irgend welche Gegenleistung die nötigen Vorarbeiten zur Klärung der technischen und wirtschaftlichen Fragen machen. Der Gemeinderat hat unter diesen Voraussetzungen hiergegen nichts einzuwenden.



Wildberg, 25. Juli. Unser Städtchen stand gestern wiederum ganz im Zeichen der alten Tradition Wildbergs, dem Schäferfest. Die Durchführung dieses Festes war bei den augenblicklichen Verhältnissen und bei den wiederholten Unglücksfällen, von denen Wildberg in den letzten Monaten betroffen wurde, für dieses Jahr fast ein Wagnis. Trotz allem kann unsere Stadt mit dem Verlauf des gestrigen Tages zufrieden sein, wenn auch das Fest für drei Tage vorgesehene Programm wesentlich zusammengezogen und auf einen Tag beschränkt werden mußte. Dank der tatvollen Zusammenarbeit von Stadt und Einwohner führte aber auch der diesjährige Schäferlauf zu einem guten Erfolg und schließt sich würdig der langen Reihe dieser schönen historischen Feste an. Auch das Wetter, das in den letzten Tagen ziemlich unbeständig war, begünstigte sehr den Verlauf des Tages, wenn auch ab und zu schwere Wolken drohend im Himmel hingen. Nachmittags trat sogar die Sonne wieder hervor und sandte ihre Strahlen auf ein frohbewegtes Treiben auf der Festwiese. Eingeleitet wurde das Fest durch das Freischießen, das von 8 bis 11 Uhr vormittags unten im Tal stattfand und an welchem sich die Schäfer von nah und fern zahlreich beteiligten. Man sah hierbei wirklich beachtliche und oft ganz erstaunliche Leistungen dieser Klugen und von ihnen Herren gut dressierten Schäferhunden. Jeder Wirt, jeder Pfiff wurde verstanden und ausgeführt. Diese ausgezeichneten Leistungen wurden nachmittags in der Preisverteilung auf dem Festplatz mit wertvollen Preisen gehrend belohnt. Von 11—12 Uhr war auf dem Marktplatz Promenadenzert der Stadtkapelle. Um 1 Uhr stellte sich der Festzug auf und bewegte sich unter den Klängen der Stadtkapelle in städtischer Folge durch die Straßen Wildbergs bis zum Festplatz. Die geschmückten Festwagen, die das Handwerk symbolisch darstellten, fanden allgemeinen Beifall der Zuschauermenge. Auf dem Festplatz, der von einer riesigen Menge Schaulustiger dicht umrahmt war, entwickelte sich anschließend ein buntes Treiben. Wettläufe von Groß und Klein beiderlei Geschlechts wechselten ab mit Sackläufen, Wassertragen, Gelangsvorträgen, Musikdarbietungen der Stadtkapelle usw. Die einzelnen Sieger wurden jeweils mit Preisen mannigfaltigster Art ausgezeichnet. Für den Abend trat in den verschiedenen Lokalen der Tanz in den Vordergrund. Wüde dieser schöne Brauch des Schäferlaufes, das ein Stück Historie und eine begriffswerte Erhaltung alter Trachten und Bräuche darstellt, stets erhalten bleiben.

Schietingen, 24. Juli. (Ortsvorsteherwahl.) Bereits 27 Jahre sind verflossen, seit die Bürger der Gemeinde Schietingen letztmals einen Ortsvorsteher zu wählen hatten. Vorgeföhrt, am Samstag, den 23. Juli, wurde ihnen nun wieder Gelegenheit gegeben, von ihrem Stimmrecht Gebrauch zu machen, um einen Nachfolger für den nach langer, treuer und gewissenhafter Pflichterfüllung in den wohlverdienten Ruhestand getretenen Bürgermeister Theurer zu wählen. Von 180 Wahlberechtigten kamen 159 zur Abstimmung. Diese Beteiligung mit 88 Prozent beweist, wie wichtig die Nachfolgerfrage eingeschätzt worden ist. 66 Stimmen entfielen auf Amtsvorsteher Karl Luz, Kirchenpfleger; 91 Stimmen vereinigte Christian Kaufsberger, Landwirt in Schietingen, auf sich. Dieser ist sonach gewählt und hat die Wahl angenommen.

Freudenstadt, 23. Juli. (Ein schwerer Junge.) Der vielfach vorbestrafte M. S. aus Lombach, der in letzter Zeit die hiesige Gegend durch Verübung mehrerer Einbrüche, Fehdehändlungen und sonstigen Straftaten, die sich bis nach Pforzheim ausdehnten, unsicher gemacht hat, konnte nach längerem Bemühen gestern nacht durch Beamte des hiesigen Landjägerkommandos und unter Mitwirkung der städtischen Polizei und Privatpersonen in Freudenstadt festgenommen und in das Amtsgericht hier eingeliefert werden.

Gehingen, 25. Juli. (Unglücksfall.) Beim Futterholen ist die Ehefrau von Ludwig G i n a d e r verunglückt. Die Frau stürzte beim Ueberfahren einer Wasserfalle vom Wagen und zog sich hierbei schwere Verletzungen zu, so daß die sofortige Ueberführung der Verletzten ins Calmer Bezirkskrankenhaus notwendig wurde. Das Unglück betrifft die bedauernswerte Familie um so härter, als erst vor kurzem der Ehemann in der Scheuer einen Unfall erlitt, unter dessen Folgen er noch heute leidet.

Birkensfeld, 23. Juli. In letzter Zeit wurden wieder verschiedene Diebstähle verübt, wie solche schon einige mal vorgekommen sind. Diesmal hatten es die Diebe auf das Verkaufshäuschen am Bahnhof abgesehen, aus dem sie mitnahmen, was zu erreichen war. Aus den bei der Mähle aufgestellten Wägelchen wurden versucht, Honig- und Brutwaben samt den Bienen zu entwenden. Die Täter wurden aber noch zur rechten Zeit von dem Pächter verjagt und mußten ihre mitgebrachten Kästen samt Wabenjange, Rauchapparat usw. zurücklassen. Da sie bei ihrer Flucht den Weg über die Enz nahmen, wird angenommen, daß die Täter von auswärts sind. Es wird eifrig nach ihnen gefahndet.

Herrnberg, 23. Juli. (Zusammenstoß.) An der Kreuzstraße zwischen Rebringen und Bendorf ereignete sich gestern nachmittags ein Zusammenstoß zwischen zwei sich kreuzenden Kraftwagen. Der Aufprall war so stark, daß das von Deichelbronn kommende Auto von der Straße geschleudert und völlig zertrümmert wurde. Der Fahrer wurde heraufgeschleudert und landete glücklicherweise in einem Weizenfeld, ohne sich verletzt zu haben. Auch das andere Auto wurde stark beschädigt und mußte abgeschleppt werden.

Obernberg a. N., 23. Juli. (Ein Mammutzahn gefunden.) Borige Woche wurde im Steinbruch des M. Hangst in Seedorf in einer Höhe von 700 Meter in einer Spaltausfüllung ein Mammutzahn gefunden. Der Fund ist deshalb bedeutsam, weil er Anhaltspunkte für das Alter der ebenfalls in der Klüftausfüllung zu findenden Schotterterre gibt. Dieses Flußgerölle stammt zum Teil aus dem Jura. Es ist deshalb anzunehmen, daß der heutige Neckar noch in jungdiluvialer Zeit hier oben seinen Lauf hatte. Ein ähnlicher Fund durch Dr. Böhm bei Sulz war vor einigen Jahren gegenüber der früheren Auffassung umwälzend.

Wöllinsen, 24. Juli. (Politische Zusammenstöße.) In der Nacht zum Sonntag kam es hier zu schweren Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten. Zwei Nationalsozialisten wurden schwer verletzt, der eine durch einen Kopfschuß, der andere durch einen Messerstich. Als Nationalsozialisten vom Flugbofen-Dotel aus nach Hause gehen wollten, wurden sie von einer Wirtshaus aus überfallen und auch beschossen. Morgens 8 Uhr mußte das Ueberfallkommando von Stuttgart alarmiert werden.

Schramberg, 24. Juli. (Tödlicher Unfall.) Freitagabend stürzte beim Bahnhof Karl Danner aus Alpirsbach von seinem Fahrrad und zog sich Verletzungen am Kopfe zu, denen er anfangs wenig Beachtung schenkte. Er ging nach Hause und legte sich zu Bett. Am Samstag früh klagte er über sehr schwere Kopfschmerzen, man rief den Arzt, bis jedoch dieser eintraf, war der Tod bereits eingetreten.

Ludwigsburg, 23. Juli. (Pflichtarbeit.) Der Gemeinderat beschloß auf Anregung der Bürgerlichen Vereinigung, die Arbeitsdienstpflicht für jugendliche Erwerbslose als Gegenleistung für die von der Stadt geleistete Unterstüzung.

Mühlacker, 23. Juli. (Aus dem Zug gefallen.) Mittags wollte der Zugführer Sanwald von hier in dem beschleunigten Personenzug München—Mühlacker—Saarbrücken zwischen Großsachsenheim und Balingen die offene stehende Tür eines Abteilwagens schließen, wobei er vom Wagen herunterfiel. Es wurde sofort die Notbremse gezogen und der Verletzte in Mühlacker ins Krankenhaus übergeführt. Dort wurden Kopfverletzungen, Rippenbrüche, Armverletzungen festgestellt. Die Verletzungen sind nicht lebensgefährlich.

Göppingen, 23. Juli. (Schadensfeuer.) In den beiden Anwesen der Landwirte Weiler und Heinzmann in der oberen Karlstraße in Göppingen brach nachts Feuer aus. Die beiden Scheunen standen bereits 1.15 Uhr in Flammen. Bis zum Eintreffen der Göppinger Freiwilligen Feuerwehr hatte das Feuer bereits auf die Wohnungen übergegriffen. Die Bewohner konnten außer dem nackten Leben nur das Großvieh zum größten Teil retten. Das Mobiliar ist dem Feuer zum Opfer gefallen. Der Sachschaden ist sehr bedeutend.

Aus Baden

Großfeuer in Bretten (Baden)

Karlsruhe, 23. Juli. In Bretten sind in der Nacht zum Sonntag vier Anwesen niederebrannt. Die Bewohner konnten fast nichts von ihrer Habe retten. Der Schaden wird auf über 200 000 RM. geschätzt und ist nur zum Teil durch Versicherung gedeckt. Die Brandursache konnte bis jetzt noch nicht festgestellt werden.

Karlsruhe, 24. Juli. (Schwarzbrennerei ausgehoben.) Am Samstag mittag wurde in der Südstadt eine Schwarzbrennerei ausgehoben. Die Karlsruhe Zollfahndungsstelle war dahinter gekommen, daß in dem fraglichen Gehäuf ziemlich beträchtliche Vorräte gegen das Branntweinmonopolgesetz vorgekommen waren.

Bühl, 21. Juli. Am Mittwoch wurde das bekannte Kurhaus Sand zur Zwangsversteigerung gebracht. Der Zuschlag wurde auf das Gebot der Stadt Sporkasse Bühl — der Hauptgläubigerin — mit 35 800 Mark erteilt. Auf dem Anwesen ruht noch eine Aufwertungsypothek von 37 500 Mark, so daß durch die Versteigerung ein Gesamtwert von 73 300 Mark einschließlich Einrichtung und Viehen festgestellt wurde. Das Hotel wurde vom Notar ohne Einrichtung auf 80 000 Mark und mit Einrichtung auf 100 000 Mark geschätzt. Der Zuschlag erfolgt erst in vierzehn Tagen. Die Sporkasse steht bereits in Verhandlungen, das Kurhaus an einen Interessenten weiterzugeben. Bisherige Eigentümerin war die Gesellschaft für Genußgüterfürsorge Großherzog Friedrich-Stiftung, St. Mannheim.

Vangenalb, 22. Juli. (Vorsicht beim Beerenjuchen.) Beim Heidelbeerenjuchen wurde eine Frau von Zitterbach im Neusäger Wald von einer Kreuzotter gebissen; sie wurde von einem Kraftwagen nach Hause gebracht, wo sich ärztliche Hilfe um sie bemühte.

St. Georgen i. Schw., 23. Juli. (Schwerer Unfall.) In den Mittagsstunden ereignete sich beim Gasthaus zur „Sonne“ hier ein schwerer Unfall. Ein Radfahrer fuhr die sehr abschüssige Bahnhofsstraße hinunter und rief bei der fast rechtwinkligen Kurve mit einem ausländischen Auto zusammen. Der Radfahrer, ein Arbeiter namens Andreas Lehmann von hier, wurde lebensgefährlich verletzt und bewußtlos ins Krankenhaus eingeliefert.

Hugenberg in Stuttgart

Stuttgart, 23. Juli. Dr. Hugenberg, der Führer der Deutschnationalen sprach am Freitagabend in der Stadthalle vor etwa 5000 Zuhörern und löste mit seinen Ausführungen stürmischen Beifall aus. Er betonte in die- sen besonders das Aufbauprogramm.

Zwei Grundgedanken sind es, auf denen dieses Aufbauprogramm beruht. Die Wirtschaft muß frei werden von allen die Betätigung der schöpferischen Persönlichkeit hemmenden Fesseln. Todfeind jeder Wirtschaft ist der Sozialismus. Wer den Sozialismus ablehnt, ist deshalb aber nicht antisozial. Im Gegenteil, antisozial ist der, der sozialistisch ist, denn Sozialismus ist die letzte Ursache der Arbeitslosigkeit. Ziel des Aufbaus ist sonach die Schaffung von Millionen nicht abhängiger selbständiger Einzeleristenzen. Mittelstandspolitik Hugenberg formuliert ihre enorme Bedeutung in dem durchschlagenden Satz: „Wer mittelstandsfeindlich ist, ist volksfeindlich schlechthin“. Der Weg ist ständische Gliederung der Wirtschaft, wohlgeordnet der Wirtschaft, nicht des Staates. Das ist Neues, aber es ist kein Grund, sich vor dem Neuen zu fürchten. Zu fürchten ist nur das Chaos, das aus dem Anlassen und dem Massenwahn entsteht. In 19 wichtigen, kristallklar herausgehobenen Sätzen sah Hugenberg Weg und Ziel zur Befreiung der Wirtschaft zusammen. Quintessenz: Die neue Lehre ist nationalitätlich, anti-kollektivistisch, unerbauert und friedliebend. Aber auch äußere Fesseln sind wegzuräumen. Nicht nur die Tributverpflichtungen und Kriegsschulden müssen verschwinden, sondern auch die aus dem Kriege und aus den Tributen inzwischen entstandenen, unerfüllbaren internationalen Privatverpflichtungen sind auf Grund eines tragbaren gegenseitigen Abtrabs zu liquidieren. Und dann der zweite Grundgedanke: Befreiung des Staates von den Fesseln eines überspitzten Parlamentarismus. Der Parlamenten soll das Recht der Ministerabhebung genommen werden. Das Beamtentum soll von ungezügelter Elemente gebäubert werden. Als Hugenberg in diesem Zusammenhang die Wendung der Dinge in Preußen berührt und dem neuen Reichskommissar nahelegt, mit der dort begonnenen Säuberung des Beamtentums ja recht gründlich fortzufahren, fällt

tofender Beifall die weite Halle. Koch tofender wird der Beifall, als Hugenberg das Ziel dieses Bahnamptes, eine Regierungsbildung allein durch die nationalen Parteien unter Ausschaltung des Zentrums, herausgestellt. Das geschlagene System darf nie wiederkehren. Bleibt es endgültig ausgeschaltet, so kann und wird der 20. Juli, der Tag, da das Problem Preußen kurz und schmerzlos gelöst wurde, ein Markstein in der deutschen Geschichte sein. Mit großem Ernst weist Hugenberg aber auch auf die möglichen Gefahren einer künftigen Entwicklung hin. Wenn der Nationalsozialismus sich mit dem Zentrum verbindet, so bedeutet das den Untergang des Nationalsozialismus. Aber nicht nur das, auch einen neuen, für lange Zeit nachwirkenden Rückschlag für den nationalen Gedanken überhaupt. Hugenberg will mit dem Nationalsozialismus zusammenarbeiten, aber so zusammenarbeiten, daß das in der Sozialnationalen Koalition vorerparierte Konstruktiv-aufbauende Element dabei durchschlagend sich auswirken kann, denn — da die zweite eindringliche Warnung — eine Ära neuer Experimente erträgt Deutschland nicht mehr. Wer sich zur Macht berufen fühlt, der muß die sittliche Grundlage dazu haben. Diese aber ist sachliches Können. Es gilt nicht mehr das Negative, sondern das Positive, nicht die Kritik, sondern die Leistung.

Handel und Verkehr

Calw, 23. Juli. (Vom Wochenmarkt.) Der heutige Markt wies eine außerordentlich starke Zufuhr an Gemüsen, Obst und Beeren auf. Der Preis ist zurückgegangen; ein Büschel Karotten kostete nur noch 8 J. Rettiche hatten ihren Preis, schöne Stübe zu 10 J. Gurken sind zu 20—30 J das Stück in Menge zu haben. Hiesige Bohnen wurden zum ersten Mal feilgeboten, das Pfund zu 25 J; von auswärts wurde das Pfund zu 18 J verkauft. Neue Kartoffeln kosteten 4 1/2 J. Zwiebel 10 und 12 J das Pfund. Die Zufuhr an Karoffeln war sehr stark. An Obst und Beeren sind Kirichen und Heidelbeeren vorherrschend. Kirichen kosteten je nach Güte 12—25 J das Pfund; Heidelbeeren Kirichen, die sehr begehrt waren, erzielten 25 J, dagegen die sogenannten Waldkirichen, die ohne Stiel geliefert werden, bedeutend weniger. Heidelbeeren fanden sehr guten Absatz, das Pfund zu 28 J; der Bedarf konnte nicht befriedigt werden, da die Nachfrage groß war. Stachelbeeren und Johannisbeeren sind im Anfangsstadium. Das Pfund kostete 12—22 J. Butter und Eier waren gleichbleibend.

Meine Nachrichten aus aller Welt

Absturz des Segelfliefers Kronfeld. Bei den Rhön-Segelflügen stürzte das Flugzeug „Austria“ des bekannten Segelfliefers Kronfeld nach einem Flug von etwa 50 Minuten plötzlich ab. Kronfeld sprang aus etwa 600 Meter Höhe mit dem Fallschirm ab und landete wohlbehalten in der Nähe von Gerfeld. Sein Flugzeug zerstückelte.

Kraftwagenschlag auf der Landstraße. Ein Kraftwagen wurde auf der Landstraße in der Nähe von Pirna von zwei Männern angehalten. Sie bedrohten den Insassen mit Revolvern und rissen ihm die Kleider vom Leibe. Sie raubten eine Kassetten mit über 2500 RM. Die Täter sind entkommen.

Kraftwagenunfall bei Remagen. Am Stadtausgang von Einzig (bei Remagen) rief in einer als gefährlich bekannten Kurve eine mit sechs Personen und einem Kind besetzte Kraftdroschke aus Godesberg mit einem Essener Lieferwagen zusammen. Eine Insassin war sofort tot. Fünf weitere Personen wurden schwer verletzt.

Rundfunk

Dienstag, 26. Juli: 6.00 Uhr Zeit, Wetter, Gumnaitz; 6.55 Wetter, Nachrichten; 7.05—8.00 Köln: Frühlingsfest; 10.00 Kammermusik; 11.00 Zeit; 11.15—11.45 Funfwerkbanafonfert; 12.00 Wetter, anschl. Konzert; 13.15 Zeit; 13.30 Schallplatten; 14.00 bis 14.30 Funfwerkbanafonfert; 16.00 Blumenkunde; 16.30 Freiburg: Frauenstunde „Ferien auf dem Lande“; 17.00 Schlangensab: Nachmittagskonzert; 18.15 Zeit; 18.30 Freiburg: Plianderei v. Anton Bendrich: Acherreien über Kindererziehung; 18.55 Zeit, Wetter; 19.00 Aktuelle Stunde; 20.00 Freiburg: Wiener Schrammelmusik; 20.30 Friedrichshafen: Plianderei vom Bodensee; 21.00 Frankfurt: Das Verber-Duquartett spielt; 22.00 Frankfurt: Aus den Briefen der portugiesischen Nonne Alcolorado, gelesen von Kitty Stengel; 22.30 Zeit, Wetter, Nachrichten; 22.50 bis 24.00 Nachtmusik.

Beste Nachrichten

Zusammenstoß zwischen Reichsbannerleuten und Nationalsozialisten

Mandelsloh, 24. Juli. Am Sonntagnachmittag hatten etwa 200 Reichsbannerleute aus Hannover mit ihren Fahrrädern eine Propagandafahrt durch verschiedene Ortschaften im Kreise Neustadt angetreten. Als sie kurz nach 1 Uhr am Sonntagnachmittag in Mandelsloh eintrafen, kam es in und um Mandelsloh zu Zusammenstößen zwischen den Reichsbannerleuten und ortsansässigen Nationalsozialisten. Im Verlaufe der sich entwickelnden Schlägerei wurden die Reichsbannerleute in die Flucht geschlagen. Nach Beendigung der Zwischenfälle wurde ein Motorrad und 15 Fahrräder herrenlos aufgefunden. Nach den bislang vorliegenden Meldungen der Landjäger wurden 15 bis 20 Personen verletzt.

Hitler in Wuppertal
Wuppertal, 24. Juli. Im Elberfelder Stadion sprach heute nachmittags Adolf Hitler. Es gebe jetzt, so erklärte er, zwei Möglichkeiten: Entweder den Weg in das demokratisch-marxistische Chaos oder den Weg der nationalen Befreiung. In den letzten Wochen hätten Zentrum, Sozialdemokraten und Kommunisten Dinge entdeckt, die sie in den 13 vergangenen Jahren nicht gefannt hätten. Jetzt auf einmal sage man, die Reparationslast sei untragbar. Die NSDAP wolle keine Parteien neben sich dulden, sie werde ihrem Ziel fanatisch treu bleiben. Hitler sprach dann in Duisburg und Gladbach.

Nutmahlisches Wetter für Dienstag
Ueber Süddeutschland macht sich allmählich Druckstiege bemerkbar, so daß für Dienstag mehrfach heiteres und vorwiegend trodenes Wetter zu erwarten ist.

Red die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Re...

Versäumen Sie nicht Ihre nötigen Einkäufe jetzt in dem

Saison-Schluss-Verkauf

zu besorgen. Sie finden eine Menge Artikel, die weit unter Preis sind und genießen außerdem auf viele Waren einen Rabatt

Chr. Krauss

Altensteig.



Bauern-Rundgebung

Morgen Dienstag (Markttag), den 26. Juli, mittags 12 Uhr im „Grünen Baum-Saal“

Es spricht der ehemalige **Anwalt des Bauernbundes Hg. Glaser** über das Thema:

„Wir bauen auf - Kommt zu uns“.

Die Not drängt zur Entscheidung, kommt alle.

N. S. D. A. B. Ortsgruppe Altensteig. Freie Aussprache. Eintritt frei.

Adolf Hitler

spricht am Freitag, den 29. Juli, nachmittags 4 Uhr in Neutlingen

Wir fahren mit Auto dorthin. Anmeldungen bis Mittwoch bei **Karl Steeb jr.**

Wirt. Bauern- und Weingärtnerbund.

Marktversammlung in Altensteig

am Dienstag, den 26. Juli, vormittags 10 Uhr im Saal des Gasthofes zum „Goldenen Stern“ (Chr. Kalmbach.)

Redner: Landwirt Martin Haug-Unterjettingen.

Sedermann ist herzlich und dringend eingeladen. Alt und jung, auch Frauen und Töchter. **Der Bezirksauschuss.**

Altensteig.

Zur Mostbereitung

gelbe Candia-Rosinen 100 Pfund **M. 20.-**, 50 Pfund **M. 11.-**

schwarze Cypro-Rosinen

gelbe Smyrna Clem-Rosinen in Kisten ca. 30 Pfd. à 30 **g**

Zur Beimischung von Heidelbeer, Träuble und Stachelbeeren

gegen Kassa zu billigsten Preisen.

Chr. Burghard jr.

Achtung! Achtung!

Auf zum Jahrmarkt am Dienstag nach Altensteig! Bringe ein großes Lager in erstklassigen Qualitäten

Herren-Konfektion

zu noch nie dagewesenen Preisen zum Verkauf.

Nur einige Beispiele:

Ein Posten Herren-Anzüge, darunter auch reine Kammgarn, von 18.-, 28.-, 30.-, 40.- **M** und darüber.

Ein Posten Burshen-Anzüge prima Qualität nur 15.- **M**, 25.- **M** und höher. Ein Posten Cord-Anzüge nur 30.- **M**.

Ein Posten Sommerjuppen, Arbeitsjuppen zu Spottpreisen.

Ein Posten Manchesterhosen von 6.-, 7.-, 8.-, 9.-, 10.- **M**.

Ein Posten Sonntagshosen von 6.-, 7.-, 8.-, 9.-, 10.- **M** und noch höher.

Ein Posten blaue Arbeitsanzüge prima Leinen nur 5.-, 6.-, 7.- **M** und höher und noch verschiedene Artikel.

Niemand versäume diese günstige Gelegenheit. Ich führe nur Qualitätsware. Mein Stand ist mit Firma versehen und bitte genau auf meine Firma zu achten.

G. Ad. Dölter & Sohn Schneidermeister zur Kleiderhalle in Freudenstadt.

Altensteig-Dorf Garben-Bänder

empfiehlt am Markttag **Baner, Seiler**

Bade-einrichtungen
Waschkeffel
Fleischränder
Defen
Herde
Messingpfannen

sowie sämtliche Küchen-Artikel empfiehlt billigt in großer Auswahl

Paul Frey
Kupferschmied, Altensteig

Altensteig. **Neu**

1 Tannen-Bettstelle

eiche lackiert

1 Kinder-Bettstelle

Birke lackiert

verkauft im Auftrag

R. Kanfer,

Malergeschäft.

Altensteig

Auf den Markt empfehle allerlei billige

Reste

Sämtliche Sommerwaren zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

Frau Christiane Schmidt.

Butterpergament - Papier

empfiehlt die

Buchhandlung Lauf, Altensteig.

Saison-Schluss-Verkauf

in Glas, Porzellan, Steingutwaren

mit 10 Prozent Rabatt

bis 6. August 1932

Versäumen Sie nicht am Markttag mein Geschäft zu besuchen.

Chr. Burghard jr.

Bude 25 Auf zum Jahrmarkt Bude 25

Alles kauft zu Bude 25 und kauft:

Preisabbau!

Kurzwaren

zu noch nie dagewesenen billigen Preisen, z. B.:

1 Schneidermaß	8 g	10 Kaffertlingen	25
12 Ankauf Stopfgarnseide	18	1 Paar Manschettenknöpfe	20
1 Rolle Bestladen, 20 g	9	3 Dyd. Hemdenknöpfe	8
1 Rolle Masch.-Faden 200 m	10	1 Brief Stopfnadeln fort.	8
1 Rolle Handfaden	10	3 Brief Nähadeln 15 Stk.	8
Ser oder 12er	10	2 Brief Naarnadeln	5
1 Rolle Masch.-Faden	500 m	1 Dyd. Stubstopfnadeln	8
	23	1 Brief Stecknadeln Glasl.	10
3 Ankauf Stopfgarn	10	1 Schachtel Reißnägeln	100 Stück
alle Farben	10		
1 Dyd. Patenthosenknöpfe	8	1 Brief Selbstschneider	15
1 Dyd. Brustknöpfe gar. rostfr.	5	1 guter Federmeter	23
3 Dyd. Hosknöpfe	8	1 guter Doppelmeter	45
3 Nadelnknöpfe	8	5 Paar Schuhnästel b. Ware	20

sowie sämtliche Kurzwaren zu außerordentlich billigen Preisen.

Achten Sie nur auf Bude 25 mit der roten Fahne. Mein Stand befindet sich wie immer bei der Fabrik Kollenschlag!

Christlicher Volksdienst.

Heute abend punkt 7 Uhr spricht im Rundfunk der Fraktionsvorsitzende des E. V. D. Herr **Simpfendorfer** aus Korntal zur Reichstagswahl.

Im Saison-Schluss-Verkauf sei auf einen Posten

Vorhänge abgepasst. Stückware, und Reste

besonders hingewiesen.

Reinhold Hayer

Wahl Druckfachen

wie:

Handzettel, Flugblätter, Wahlzeitungen, Plakate in allen Größen liefert rasch und preiswert die

W. Nieker'sche Buchdruckerei
Altensteig.

Karl Henkler sen., Eisenhandlung

Altensteig beim neuen Postamt, Tel. 15

empfiehlt aus gut sortiertem Lager:

- T und U Träger
- Stabellen
- Formeisen
- Bleche
- Röhren und Fittings
- Hulbeschlagartikel
- Achsen und sonstiger Wagenbedarf
- Baugußwaren
- Drahtgeflechte
- Drahtstifte
- Baubeschläge
- Möbelbeschläge
- Werkzeuge für Holz u. Metall
- Landwirtschaftl. Bedarfsartikel
- Haus- und Küchengeräte
- Kochgeschirre
- Milchzentrifugen
- Buttermaschinen
- Oefen, Herde
- Kleineisenwaren für alle Zwecke

! Billigste Tagespreise !

Für das Mahn- und Klageverfahren

Klageschriften

an das Amtsgericht

Gesuche um Zahlungsbefehl

Zahlungsbefehle (Ausfertigung)

Gesuche um Vollstreckungsbefehl

Anträge auf Forderungspfändung

Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides

Formulare für Wechselprozeß

Forderungsanmeldung in Konkursfachen

sind zu haben in der

Buchhandlung Lauf

in Altensteig und Nagold.

